

Dokumentation

AG 4 Gewalt und Gewaltschutz in Unterkünften: Bedingungen und Lösungsansätze

Geflüchtete Menschen sind in den Unterkünften mit verschiedenen Formen von Anfeindungen und Gewalt konfrontiert, z.B. mit geschlechtsspezifischer, rassistischer oder religionsbezogener Gewalt. Die Gewalt kann dabei von Sicherheitskräften und Polizei, von Mitarbeitenden sowie von Geflüchteten selbst ausgehen. Auch Mitarbeitende können wiederum Betroffene von Androhungen und Gewaltanwendungen Geflüchteter sein. Vielfach fehlt es dabei an etablierten Verfahren und Handlungssicherheit bei den Einrichtungen und Behörden, um mit spezifischen Gewaltsituationen umgehen zu können und den Schutz Betroffener vor Gewalt zu gewährleisten. In der Arbeitsgruppe wollen wir die Ursachen und Gewalt fördernden Rahmenbedingungen beleuchten, Handlungsansätze diskutieren und entsprechende Handlungsbedarfe formulieren.

Input: **Melanie Rohrer-Tlili, Nathalie Grassmuck**, Albatros gGmbH Berlin,
Moderation: **Susann Thiel**, Der Paritätische Gesamtverband

Ergebnisse:

In ihrem einführenden Input berichteten Frau Melanie Rohrer-Tlili und Nathalie Grassmuck von Albatros gGmbH Berlin von ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen im Umgang mit Gewalt und Gewaltschutz in Unterkünften. Sie gingen außerdem auf die Gewalt fördernden Rahmenbedingungen und mögliche Lösungsansätze ein.

In einem anschließenden Austausch unter den Teilnehmenden wurden aktuelle Herausforderungen von Gewalt in Unterkünften zusammengetragen sowie Handlungsmöglichkeiten und weitere Handlungsbedarfe diskutiert.

Aktuelle Herausforderungen sind u.a.:

- Es sind v.a. die strukturellen Rahmenbedingungen, wie die Perspektivlosigkeit (bei Duldung, Abschiebung), der ausbleibende Familiennachzug, der fehlende Zugang zum Arbeitsmarkt, das Sachleistungsprinzip, die fehlende Privatsphäre, etc., die ein gewaltförderndes Setting begünstigen. Die Unterbringung an sich muss bereits als gewaltfördernde Rahmenbedingung verstanden werden. Nicht nur die Situation in AnKER-Zentren und ähnlichen Großeinrichtungen sei aktuell problematisch, auch die Situation in Gemeinschaftsunterkünften. So werden vielerorts Unterkünfte geschlossen und Menschen auf andere verteilt. Hierbei komme es häufig zu Konflikten.
- Es gibt Unsicherheiten bei Mitarbeiter*innen in Unterkünften, die überfordert oder ratlos sind, wie sie mit Gewalt von Geflüchteten umgehen sollen. Wie können Mitarbeiter*innen in Unterkünften bspw. mit bedrohlichen Situationen umgehen, die augenscheinlich keinen Polizeieinsatz erfordern (z.B. ein Mensch schmeißt wütend einen Blumentopf durch den Raum, verletzt aber niemanden)?

- Wie begegnen wir der Tatsache, dass Geflüchtete „auch“ Täter*innen sein können? Wie besprechen wir diese Tatsache ohne dass ein Vorfall rassistisch instrumentalisiert wird?
- Wie können wir Gewaltschutz / -prävention gewährleisten, wenn Geflüchtete dezentral untergebracht werden? Wie erreichen wir die Betroffenen von Gewalt?
- Wie lässt sich Gewaltschutz / -prävention nachhaltig gewährleisten und verankern?
- Auch die Gewalt durch Sicherheitsdienste bzw. dem Sozialteam selbst muss zwingend in den Blick genommen werden.

Handlungsmöglichkeiten können u.a. sein:

- Es braucht ein „gelebtes“ Gewaltschutzkonzept. D.h. auch, dass die eigene Haltung überprüft werden sollte: Wie gehe ich als Sozialarbeiter*in/ Leitung/ etc. selbst mit Gewalt um? Wie ist z.B. mein eigenes Kommunikationsverhalten und wie gehe ich mit Konflikten um?
- Es empfiehlt sich, mit (potentiellen) Täter*innen im Gespräch zu bleiben. Auch ein präventiver ausführlicher Check-In kann helfen, Personen von Beginn an „abzuholen“. Bei Eskalation von Gewalt sollte an die nächste Ebene abgegeben werden (z.B. Polizei).
- Mitarbeiter*innen in Unterkünften sollten entsprechend geschult sein/ werden. Zudem kann ein Austausch unter Mitarbeiter*innen in Unterkünften zum Thema Umgang mit Anfeindungen und Gewalt von Geflüchteten hilfreich sein.
- Präventiv sollten die Vernetzung gestärkt und Bündnisse mit dem Hilfe- und Unterstützungssystem vor Ort eingegangen werden. Auch Runde Tische und Fachgruppen mit politischen Entscheidungsträgern vor Ort sind ein wichtiges Instrument, um den Handlungsbedarf vor Ort sichtbar(er) zu machen.

Handlungsbedarf besteht u.a.:

- Die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen müssen sich ändern (u.a. Familiennachzug, keine dauerhafte Unterbringung in Großeinrichtungen, etc.)
- Es braucht (mehr) Ressourcen und Raum für den Austausch unter Sozialarbeiter*innen zum Thema Umgang mit Anfeindungen und Gewalt von Geflüchteten. Zudem braucht es vermehrt Schulungen, die Mitarbeiter*innen in Unterkünften in ihrer Handlungskompetenz stärken.
- Es braucht ein unabhängiges Beschwerdemanagement.
- Es braucht sowohl die Arbeit mit „Opfern“ bzw. Betroffenen von Gewalt als auch die Arbeit mit Täter*innen. Wie kann gute Täter*innenarbeit aussehen?
- Es braucht eine entsprechende stetige strukturelle Finanzierung von Maßnahmen der Gewaltprävention und des -schutzes.
- Wichtig weitere Themen im Kontext von Gewalt und Gewaltschutz in Unterkünften sind: die Situation im ländlichen Raum, die Situation von LGBTIQ* sowie die Gewalt zwischen Kindern.

Susann Thiel
Berlin, Februar 2019